

# Deutsche Gewerbezeitung

**Erscheinen:**  
Wöchentlich 2 Nummern;  
mit vielen Holz-  
schnitten und Figuren-  
tafeln.  
**Preis:**  
5½ Thaler oder  
9 Gulden 20 Kr. rhein.  
jährlich.  
Bestellungen auf das  
Blatt sind in allen Buch-  
handlungen und Postämtern  
des In- und Auslandes zu  
machen.



**Beiträge:**  
an F. G. Wied,  
und  
**Inserate:**  
(zu 1 Ngr. die dreispaltige  
Zeile Petit)  
sind an die Buchhandlung  
von Robert Bamberg  
in Leipzig zu richten.  
Angemessene Bei-  
träge für das Blatt  
werden honorirt.

## Sächsisches Gewerbeblatt.

Verantwortlicher Redakteur: **Friedrich Georg Wied.**

**Inhalt:** † Deutsche Handels- und Industriepolitik. An die Königlichen Ministerien der Finanzen und des Innern in Dresden. — Provisorisches Gesetz für die Errichtung von Handelskammern in Oesterreich. — † Denkschrift des böhmischen Gewerbe-Vereins, über den An- schluß Oesterreichs an den deutschen Zollverein. (Fortsetzung und Schluß.) — Briefliche Mittheilungen und Auszüge aus Zeitun- gen. Aus Chemnitz. Ueber den Freihandel. — Zur Abkühlung. — Die Handelslehr-Anstalt zu Chemnitz. — Allgemeiner Anzeiger.

### † Deutsche Handels- und Industriepolitik.

An die Königlichen Ministerien der Finanzen und des Innern in Dresden.

Die in den Landtagsmittheilungen Nr. 21 der zweiten Kam- mer enthaltene Antwort des vorigen Herrn Staatsministers Georgi auf die Interpellation des Abgeordneten unserer Stadt macht uns mit den Grundsätzen und Ansichten bekannt, welche die damalige sächsische Staatsregierung in Bezug auf die wichtigste aller Zeitfra- gen, Freihandels- oder Schutzoll-System gehabt hat. Wir haben dadurch gleichzeitig erfahren, daß die sächsische Regie- rung beabsichtige, einen Zolltarif zu entwerfen und denselben als den Ausdruck ihres Willens an die Reichsgewalt nach Frankfurt a. M. zu entsenden.

Wir verkennen nicht, daß die gedachte Aussprache des Herrn Ministers Georgi manche richtige Ansicht und manches beruhig- ende Wort enthält; wir müßten aber unwahr sein, wenn wir sa- gen wollten, sie habe uns genügend erschienen, sie setze uns außer allen Zweifel. Dies sowol, als die traurigen Erfahrungen, welche die vereinsländischen Industriellen an den Beschlüssen der früheren Zoll-Kongresse gemacht haben, ferner der nicht wegzuleugnende Um- stand, daß die sächsische Regierungs-Stimme, als die aus einem durch und durch industriellen Lande, von sehr großem, vielleicht entschei- dendem Gewicht bei der Reichsgewalt sein muß, endlich die Befürch- tung, daß unsere höheren Regierungsbeamten, im Angesicht so mancher Schattenseiten der Industrie, nicht immer aus wirklicher innerer Ueberzeugung, sondern mehr dem Drange der Unabweisbar- keit nachgebend, für den Schutz derselben geneigt sind, nöthigen uns zur Feder, um auch unseren neuen Ministerial-Vorständen in unumwundenen aber wahren Worten unsere Meinung auszudrücken.

Wir können und dürfen uns davon auch nicht durch den Ein- wand der Wiederholung, noch durch die Beweise des besten Willens abhalten lassen, welche die Regierung durch die Veranstaltung der Arbeits-Kommission gegeben hat; denn letztere berührt mehr die Beseitigung arger, die Industrie im Allgemeinen verdächtigender Mißbräuche, und die inneren Organisationen, die ihre Wichtigkeit und ihren Nutzen nur dann erst geltend machen können, wenn für das erste Erforderniß, für die Arbeit selbst gesorgt sein wird; auch müssen wir den möglicherweise nachtheiligen Einfluß der Stadt Leipzig im Auge haben, welche in der vorliegenden Frage dem Bedürfnisse des ganzen Landes aus missverstandenen selbstfüchtigen Lokalinteressen feindlich entgegentritt, wie dies schon die früheren

Machinationen von daher gegen den Anschluß an den Zollverein und die Wirkungen desselben auf diesen Meßplatz bewiesen haben. \*)

Vor allen Dingen halten wir es, als die Vertreter eines Ver- eins zum Schutze der Arbeit, für eine Pflicht, unserer Regierung die Versicherung auszusprechen, daß nicht das spezielle Interesse des Fabrikanten, Verlegers oder Meisters es ist, was uns bewegt, son- dern daß unser Streben in der Hauptsache sich dahin richtet, die Arbeitsgelegenheiten für die arbeitende Klasse zu vermehren, (das einzige Mittel, einen besseren Lohn für die Arbeit herbei zu füh- ren,) und, so Gott will, die nothleidenden kümmerlichen Arbeits- distrikte des Vaterlands in fleißige und lohnende Arbeitsstätten zu verwandeln.

Die Forderungen der gegenwärtigen Zeit an die Staaten um Beschaffung von Arbeit, um Erhöhung des Arbeitsverdienstes, die Phrase des Rechts auf Arbeit und wie sie alle heißen mögen, sind nach unserer Meinung wahnsinnig, da Forderungen dieser Art von keiner Regierung befriedigt werden können. — Jeder gesunde Mensch muß sich die Arbeit selbst suchen, jeder muß die Hindernisse zur Erlangung derselben selbst zu beseitigen trachten; den Verwaltungs- behörden der Staaten kann es nur obliegen, die Hindernisse der Arbeit da aus dem Wege zu räumen, wo es dem Einzelnen un-

\*) Die Redaktion kann nicht umhin hier zu bemerken, daß nach ih- ren Wahrnehmungen nicht sowol die Stadt Leipzig dem Bedürfnisse des ganzen Landes in der vorliegenden Frage entgegen tritt, weil dieselbe wohl erkennt, daß ihr Interesse mit dem Wohlbefinden Sachsens, ja ganz Deutschlands innig zusammengeht; als vielmehr nur eine sehr kleine aber sehr einflussreiche Minorität von Leipzigs Einwohnern der Bevorzugung des Handels mit ausländischen Manufaktur- und Fabrikwaaren zum Theil huldigt, weil er selbst dabei betheilig ist, zum Theil aber wähnt, daß der Groß- und Meßhandel ohne Fremdwaaaren nicht bestehen könne; während eine Mehrzahl in Leipzig der innigen Ueberzeugung lebt, daß wenn in Folge der Beschränkung des Geschäfts mit außerdeutschen Ma- nufakturen, die deutschen Gewerbe frischer aufblühen, keine Stadt einen größeren Nutzen von diesem Umstand ziehen würde, als eben Leipzig, und man dann leicht sich trösten könnte, wenn Leipzigs „Kaufleute mit fremden Manufakten“ nothgedrungen aber patriotischer als gegen- wärtig deutsche Waaren kauften und verkauften. D. R.